

Nikolaus Bosch

# Organisationsverschulden in Unternehmen



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	<b>1</b>
-------------------------	----------

## Teil I:

<b>Grundprobleme der Zurechnung bei organisationsgebundenem Handeln</b> .....	<b>7</b>
---	----------

### § 1

<b>Individualstrafrechtliche Zurechnung und Organisationseingebundenheit des Individuums</b> .....	<b>7</b>
--	----------

I. Feststellung von Verantwortung in Unternehmensorganisationen.....	7
1.) Das lineare Zurechnungsmodell strafrechtlicher Verantwortung.....	8
a) Das Prinzip der Eigenverantwortung als Basis strafrechtlicher Zurechnung .....	8
b) Organisierte oder strukturelle Unverantwortlichkeit durch Arbeitsteilung? .....	13
c) Individuelle Tatseite bei komplexen Handlungssituationen .....	16
2.) Das betriebssoziologische Modell der Verantwortung in Organisationen .....	18
a) Entscheidungszuständigkeit und Informationskanalisierung in Einliniensystemen .....	18
b) Funktionale Konzentration von Verantwortung und Information in Mehrliniensystemen und Matrixorganisationen .....	21
c) Die informelle Organisation als Zurechnungshindernis .....	24
d) Begrenzte Möglichkeiten der Steuerung.....	26
II. Personalisierung der Organisationsverantwortung oder organisationsbezogene Erfolgshaftung? .....	29

### § 2

<b>Verbandshaftung und Organisationsverschulden</b> .....	<b>37</b>
I. Die Abhängigkeit der Unternehmensschuld von kollektiven Verhaltensnormen.....	42
II. Akzessorietät von Verbandsschuld und personaler Organisationspflichtverletzung.....	46
III. Das Maßregelmodell – ein Ausweg aus der Akzessorietätskrise? .....	60

IV. Die Verbandshaftung als „zweite Spur“ – Analogie zur individualstrafrechtlichen Zurechnung.....	63
1.) Zwang zur Selbstregulierung durch Kollektivsanktionen?.....	63
2.) Haftungs- und Legitimationsprinzipien der „zweiten Spur“ .....	70
a) Rechtsgüternotstand und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	70
b) Wissenszurechnung im Modell der „zweiten Spur“ .....	75
<b>Teil II:</b>	
<b>Bausteine der „Geschäftsherrenhaftung“ .....</b>	<b>81</b>
<b>§ 3</b>	
<b>Kausalität und Organisationsverschulden der Geschäftsleitung.....</b>	<b>81</b>
I. Der Kausalitätsnachweis bei Produktfehlern.....	85
1.) „Beweiserleichterung“ im „strafrechtlichen Produkthaftungsprozeß“ .....	85
2.) Alternativenausschlußverfahren bei multikausalen Faktoren.....	91
3.) Die Unterscheidung von genereller und konkreter Kausalität.....	95
a) Generelle Kausalität und Risikoerhöhungstheorie.....	100
b) Risikoerhöhungstheorie und Arbeitsteilung.....	105
II. Kausalität bei Organisationspflichtverletzung.....	109
1.) Die Wechselwirkungen zwischen Pflichtumfang und Kausalität.....	109
2.) Prozessuale Aspekte der Kausalitätsfeststellung bei Organisationspflichtverletzungen .....	114
a) Subsumtionsfähigkeit wissenschaftlich anerkannter Kausalgesetze.....	115
b) Anscheinsbeweis bei Organisationsverschulden?.....	119
<b>§ 4</b>	
<b>Austauschbarkeit von Ge- und Verboten bei organisationsbezogener Betrachtungsweise? .....</b>	<b>127</b>
I. Abgrenzung von Tun und Unterlassen bei organisationsgebundenem Verhalten nach Pflichtenkreisen .....	132
II. Systembezogene Festlegung von Handlungspflichten .....	135

III. Faktische Beweislastumkehr durch eine unternehmensbezogene Abgrenzung.....	139
--	-----

## § 5

### **Täterschaftliche Verantwortung des Betriebsinhabers ..... 142**

I. Der Geschäftsherr als Garant.....	142
1.) Funktionale Differenzierung oder einheitlicher Entstehungsgrund? ..	146
2.) Situations- und normgebundene Ableitung von Pflichten in der älteren Rechtsprechung.....	149
3.) Materielle Leitaspekte der funktionsgebundenen Garantenstellung des Betriebsinhabers .....	157
a) Straftatverhütungspflicht kraft institutioneller Stellung .....	161
b) Verbindung von personaler und sachgebundener Herrschaft im „Autoritätsmodell“ .....	166
c) Die Erweiterung des eigenen Verkehrskreises als Gleichstellungskriterium.....	175
aa) Garantenstellung als Ergebnis einer gerechten Nutzen- Kosten-Analyse.....	175
bb) Materielles Gerechtigkeitsprinzip und Rollengedanke .....	180
cc) Verantwortlichkeit des Betriebsinhabers bei Rückwirkung auf den eigenen Organisationskreis.....	184
d) Ingerenzgedanke und Geschäftsherrenhaftung .....	186
aa) Parallelen zur zivilrechtlichen Verkehrssicherungs- pflicht .....	187
bb) Grenzen der Ingerenzhaftung.....	192
e) Garantenstellung zur Eindämmung von Gefahrenquellen im eigenen Organisationsbereich .....	216
II. Mittelbare Täterschaft durch Organisationsherrschaft .....	226
1.) Fungibilität des Untergebenen und Rechtsgelöstheit des Apparates ..	229
a) Normativer Bezugspunkt der Organisationsherrschaft.....	232
b) Einschränkung des Prinzips der Eigenverantwortung bei „Fungibilität“ des Tatausführenden? .....	234

2.) Organisationsherrschaft der Betriebsleitung?.....	241
a) „Funktional-soziale“ oder „normative“ Täterschaft statt mittelbarer Täterschaft? .....	244
b) Voraussetzungen der mittelbaren Täterschaft bei betrieblichen Abläufen.....	250
aa) Fungibilität des Untergebenen und Rechtsgelöstheit bei betrieblichen Prozessen.....	252
bb) Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft nur bei Verletzung der Pflicht zur Minimierung organisationsbedingter Gefährdungspotentiale.....	256
III. Mittäterschaft statt Organisationsherrschaft? .....	264
1.) Betriebliche Arbeitsteilung und Mittäterschaft in Organisationen .....	265
a) Die Qualität des erbrachten Tatbeitrages .....	267
b) Mittäterschaft durch Planung und Organisation?.....	270
c) Kollektives Bewußtsein oder gemeinsamer Tatentschluß? .....	273
d) Gestaltungsherrschaft der Betriebsleitung .....	276
2.) Fahrlässige Mittäterschaft in Unternehmen durch kumulative Pflichtverletzung? .....	282
a) Fahrlässige Mittäterschaft bei Gremienentscheidungen .....	283
b) Fahrlässige Mittäterschaft außerhalb von Gremienentscheidungen.....	288
c) Die Einheitsbetrachtung bei Fahrlässigkeit.....	294
d) Kriterien des täterschaftskonstituierenden Zusammenwirkens....	300

### **Teil III:**

#### **Die Pflichtenkonkretisierung im Modell der Geschäftsherrenhaftung..... 311**

### **§ 6**

#### **Die Aufsichts- und Kontrollpflichten nach § 130 OWiG – ein**

#### **Modelltatbestand der Organisationspflichtverletzung? ..... 311**

I. Pönalisierung von Verwaltungsunrecht durch § 130 OWiG? ..... 312

II. Das Rechtsgut von § 130 OWiG ..... 318

1.) § 130 OWiG – ein Instrument der Sicherung von Zurechnung? ..... 318

2.) Die Ordnung im Betrieb – das geschützte Rechtsgut von § 130 OWiG.....	321
III. Eigenständiger Schuldgehalt der Aufsichtspflichtverletzung.....	324
IV. Die Anknüpfungstat als objektive Bedingung der Ahndung.....	330
1.) Konkretisierung der Anknüpfungstat.....	330
2.) Schutzzweckkongruenz zwischen Bezugstat und Aufsichtspflichtverletzung? .....	334
3.) Betriebsbezogenheit der Zuwiderhandlung .....	341
a) Differenzierung nach dem Charakter der Sanktionsnorm.....	341
b) Differenzierung nach dem Adressaten der Pflicht .....	344
V. Die Konkretisierung der Aufsichtspflichten.....	347
1.) Geeignetheit der Aufsichtsmaßnahme .....	350
2.) Der Maßstab der Erforderlichkeit .....	350
3.) Das Regulativ der Zumutbarkeit.....	356

## § 7

### **Grenzen strafrechtlicher Zurechnung bei fahrlässiger Organisationspflichtverletzung..... 359**

I.) „Bottom up“ und „top down“-Betrachtung – Methodenwechsel bei der Pflichtfeststellung .....	363
1.) Täterschaftskonstituierende Wirkung der Organisationspflichten .....	364
2.) Die Organisation als Bezugsobjekt der Sorgfaltspflicht.....	367
II.) Grundsatz der Generalverantwortung und Allzuständigkeit der Geschäftsleitung.....	372
1.) Grenzen bei horizontaler Aufgabenverteilung.....	375
2.) Grenzen bei vertikaler Aufgabenverteilung.....	379
3.) Vertrauensgrundsatz und Arbeitsteilung.....	380

a) Der Vertrauensgrundsatz als Vorrangrelation.....	382
b) Beschränkung des Anwendungsbereichs auf Fälle gleichberechtigter Aufgabenerfüllung .....	386
c) Haftung für culpa in eligendo, instruendo et custodiendo statt Vertrauen? .....	390
III. Unzulänglichkeiten des Maßfiguren-Modells .....	395
1.) Empirische oder normative Bestimmung der Maßfigur? .....	395
2.) Ausrichtung der Maßfigur am Leistungsoptimum?.....	400

## § 8

### Konkretisierung der Organisationsverantwortung

#### durch Verkehrsnormen ..... 411

I. Indizfunktion der verletzten Verkehrsnorm.....	413
1.) Verkehrsnormen als Hilfsmittel zur Bestimmung der tätereigenen Gefahrprognose.....	420
2.) Verkehrsnormen und Organisationsermessen .....	427
II. Staatlich kontrollierte Selbstnormierung durch Integration der DIN EN ISO 9000 ff.? .....	428
1.) Die Ablösung der Qualitätsendkontrolle durch eine prozeßbezogene Betrachtung.....	428
2.) Elemente der Qualitätssicherung .....	435
3.) Soll-Beschaffenheit des Produktes und Organisationsfreiheit des Unternehmens.....	439
III. Die Kompetenz zur Festlegung des strafrechtlich relevanten Sorgfaltsmaßstabes .....	443
1.) Dynamische Verweisungstechnik und Beschränkung des Sorgfaltsmaßstabes .....	445
2.) Grenzen richterlicher Kontrolle von komplexen Entscheidungen.....	448

## § 9

### Grenzen der Fahrlässigkeitsdogmatik bei der Aufarbeitung

#### organisationsbedingter Rechtsgutverletzungen ..... 458

I. Objektive Vorausssehbarkeit bei unklaren Verhaltensstandards .....	460
---	-----

II. Begrenzte Möglichkeiten der Bildung von Verhaltensstandards durch richterliche Wertung .....	464
III. Erlaubtes Risiko und kontextgebundene Bestimmung der Pflichtwidrigkeit .....	473
1.) Kontextgebundene Bestimmung des unerlaubten Risikos und Verbotskenntnis des Normadressaten .....	478
2.) Das erlaubte Risiko im Modell der „Zwei-Sphären-Abwägung“ .....	482
a) Entlastung des Herstellers durch Instruktion des Verbrauchers? .....	484
b) Die Pflicht zur Normierung des Sorgfaltsmaßstabes aufgrund fehlender Möglichkeit einer eigenständigen Gefahrprognose durch den Normunterworfenen .....	493

**Teil IV:**

<b>Die Sanktionierung eines Organisationsverschuldens durch einen Tatbestand der Aufsichtspflichtverletzung .....</b>	<b>503</b>
---	------------

**§ 10**

<b>Verbraucherschutz durch § 314 StGB? .....</b>	<b>503</b>
--	------------

**§ 11**

<b>Gesetzliche Übernahme der Risikoerhöhungstheorie und Schuldvermutung im allgemeinen Teil? .....</b>	<b>511</b>
--	------------

**§ 12**

<b>Alternative Kontrolle der Organisationsverantwortung in Unternehmen – Möglichkeiten und Grenzen der indirekten Steuerung betrieblicher Eigenüberwachung .....</b>	<b>516</b>
--	------------

I. Das Modell der indirekten Steuerung nach den §§ 52a ff. BImSchG .....	520
1.) Verantwortlichkeitstransparenz und präventive Kontrolle der Risikoerkennung .....	520
2.) Formelle Festlegung von Kontroll- und Informationsverantwortung .....	522

3.) Strafrechtliche Absicherung der Kontroll- und Informationspflichten?.....	525
a) Gefährdung der Kooperations- und Konsensstrategie .....	525
b) Gefahr der Verantwortungsfiktion bei formeller Pflichtenzuweisung .....	528
c) Funktionskonflikte bei Übertragung betriebsfremder Kontrollaufgaben.....	531
d) Zielkonflikte bei präventiver Kontrolle der Organisationsstruktur .....	532
II. Präventivkontrolle und Prüfstellensystem .....	534
III. Das Strafzumessungsmodell – ein Anreiz zur Zertifizierung? .....	540
IV. Überlegungen zu den Legitimationsprinzipien einer Reform .....	544
1.) Alternative Kontrollsysteme – ein Gebot des ultima-ratio-Prinzips? .....	549
2.) Der Tatbestand der Organisationspflichtverletzung – ein Instrument der Verdachtsstrafe? .....	560
a) Das Beweisnotargument.....	560
b) Leichtfertigkeit als Vorsatzvermutung?.....	564
c) Die kritische Funktion des Rechtsgutbegriffs .....	566
<b>Zusammenfassung zentraler Leitgedanken .....</b>	<b>583</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>591</b>